

Drei Anträge und viel Streit

Bad Salzdetfurths Politik bleibt in Sachen Anliegerbeiträge uneins

Von Ulrike Kohrs

Bad Salzdetfurth. Auch wenn sich eine Entscheidung in Sachen Anliegerbeiträge ankündigt. Von Frieden kann in den politischen Gremien der Stadt derzeit nicht die Rede sein. Die Fronten sind verhärtet, eine Einigung ist nicht in Sicht. Das wurde bei der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am Donnerstag deutlich. Fällt in der Stadtratssitzung am Dienstag, 27. September, eine Entscheidung zur Strabs dürfte das eine ganz knappe Angelegenheit werden.

Mittlerweile gibt es vier Vorschläge dazu, wie die Stadt künftig mit der Straßenausbaubeitragssatzung umgehen soll. Drei davon lagen im Ausschuss auf dem Tisch: die Vorlage der Verwaltung, ein Antrag der CDU und ein Antrag des SPD-Rats Herrn Günter Raschke. Allen gemein ist, dass sie an der Strabs festhalten, die Beiträge für die Anlieger aber senken wollen. Verwaltung und CDU hatten ihre Anträge bereits vor der Sommerpause vorgelegt, Raschkes Papier war neu. Er will vor allen Dingen die Bemessungsgrundlage der Beiträge verringern, in dem er die Kosten für Kanalsanierung ausklammert. Danach blieben rund 30 Prozent der Kosten, die auf die Anlieger verteilt würden, so Raschke.

Doch das Interesse an den Vorlagen war mäßig. Ausschussvorsitzende Kerstin Schuhmann (SPD) ließ gleich zu Beginn abstimmen, dass die Anträge lediglich zur Kenntnis genommen werden sollen. Zur Abstimmung kommt es im Stadtrat. Dann wird es auch um den vierten Antrag gehen: Eine fraktionsübergreifende Gruppe von 16 Ratsfrauen und -herren wird damit die Abschaffung der Strabs fordern. 16 Antragssteller, die WUBS, SPD, FDP, Linken, WIL, MIB und Grünen angehören, hieß eine Mehrheit von einer Stimme, wenn es sich keiner mehr anders überlegt.

Und davon ist kaum auszugehen. Markus Behme, Fraktionsvorsitzender der WUBS, machte noch einmal deutlich, wie ungerecht die Strabs sei: Nur wenige würden damit den Ausbau der Straßen finanzieren, die alle nutzen würden. Volker Klare (WIL) erklärte, es sei Aufgabe der Verwaltung, Lösungswege aufzuzeigen, wie die Sanierungen stattdessen bezahlt werden könnten. „Das Geld fällt aber nicht vom Himmel“, ärgerte sich Raschke und betitelte die Abschaffung der Strabs als ein „Millionen-Geschenk“, das er so noch nie erlebt habe. „Einen Marktplatz auszubauen ohne einen Cent Fördergeld, das nenne ich ein Millionen-Geschenk“, konterte Behme. Arne Zender (CDU) vermisste einen Ansatz, wo denn das Geld für die Straßen herkommen soll, auf Bücherei, Kurbetrieb oder Bäder wolle die CDU nicht verzichten. Auch Schulden seien für die Christdemokraten keine Alternative. „Schulden machen oder Grundsteuer anheben, wollen wir nicht“, so Schuhmann, die zu den 16 Antragsstellern gehört. Parkgebühren und Gebühren für die Nutzung des Bikeparks sollten beispielsweise Geld einbringen. Die weitere Aussprache zum Thema wird nun in der Stadtratssitzung fortgeführt. Dann wird auch über alle Anträge abgestimmt. Die Sitzung beginnt um 18.30 Uhr in der Waldgaststätte Maiental.

Bauamtsleiter Eike Hillebrecht stellte im Anschluss den ersten Nachtragshaushalt der Stadt vor. Danach verbessert sich die Finanzlage gegenüber des Haushaltsansatzes deutlich. Statt eines Fehlbetrages in Höhe von 1,37 Millionen Euro werde im Ergebnishaushalt nun ein Überschuss in Höhe von 232 400 Euro erwartet. Zudem könnte im Finanzhaushalt entgegen der Annahmen die Tilgung der Investitionskredite in voller Höhe aus der laufenden Verwaltungstätigkeit gedeckt werden.